

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0018/2012
	Erstelldatum:	25.09.2012
	Aktenzeichen:	Ref. 4 Dr. K/ha
Ausweisung einer Planstelle für das Bündnis für Familie und das Bündnis für Migration und Integration		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Richard Donhauser		
Beratungsfolge	09.10.2012	Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Ausweisung einer 1,0 Planstelle im Stellenplan für die Bündnisarbeit wird befürwortet.

Sachstandsbericht:

Der Kommunale Prüfungsverband wurde seitens der Stadt Amberg mit einem Gutachten zur Organisation des Jugendamtes sowie zur Stellenbewertung beauftragt.

Dieses Gutachten liegt dem Jugendamt seit 18.05.2012 vor. Eine Bewertung einer Stelle für Bündnis für Familie und Bündnis für Migration und Integration ist dabei leider nicht erfolgt.

Dennoch wird seitens des Jugendamtes die Auffassung vertreten, dass für diese Tätigkeit ein eigener Sachbearbeiter notwendig ist.

Derzeit wird die Aufgabe der Jugendgerichtshilfe im Jugendamt durch Frau Doerfler (0,5) sowie Herrn Koppmann (Vollzeit 1,0) ausgeführt. Allerdings verwendet Herr Koppmann derzeit laut eigener Bekundung 0,4 Stellenanteile für die Geschäftsführung des Bündnisses für Familie und 0,1 für die Geschäftsführung des Bündnisses für Migration und Integration (somit JHG 1,0 Stelle anstelle von 1,8 Stellen).

Hierbei handelt es sich laut einem Schreiben des Herrn Koppmann um eine „gefühlte Einschätzung“ der Stellenanteile. Somit sind derzeit Frau Doerfler mit 0,5 und Herr Koppmann mit 0,5 in der Jugendgerichtshilfe tätig. Lt. Kommunalem Prüfungsverband sollten hier 1,8 Stellen besetzt sein.

Faktisch gesehen reichen die vorbezeichneten Anteile in der Bündnisarbeit lt. Herrn Koppmann bereits (0,4 + 0,1) jetzt schon nicht aus, um den tatsächlichen Arbeitsanfall bewältigen zu können. In der Praxis führt dies dazu, dass laufende Projekte zeitlich – mitunter über Gebühr – ausgedehnt werden oder ihr Start in die Zukunft verschoben wird (s. Schreiben des Herrn Koppmann vom 19.04.2012 an Ref. 1).

Dabei wird kommunale Familienpolitik auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen durch Globalisierung und demographischen Wandel immer stärker zum Standortfaktor der Kommunen.

Es gilt hier zu sehen, dass eine aktive Familienpolitik an Bedeutung zunehmen wird. Auf die Verwaltung werden, auf der Grundlage des bundespolitischen Leitbildes vom aktivierenden Staat und der Bürgergesellschaft, neue Formen der Steuerung zukommen.

Referat 1 hat in einem Vorgespräch angeregt, die Ausweisung einer entsprechenden Planstelle im Fachausschuss vorzubesprechen und dann in die Stellenplanberatung einfließen zu lassen.

Es wurde daher im Stellenplan für 2013 angeregt, für das Bündnis für Familie und dem Bündnis für Migration und Integration eine eigene 1,0 Stelle im Stellenplan 2013 auszuweisen.

Dr. Knerer-Brütting, Rechtsdirektor

Verteiler:

Mitglieder Jugendhilfeausschuss

Ref. 1, Ref. 2, Ref. 4, Amt 4.1, Amt 4.12.4, RP

z. A. Beschlussvorlagen

z. A. in Reg.